

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis monatlich 2 RM. Bei Bestellungen über 1,50 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Postbestellungen, unsere Kundenzugänge u. Geschäftsverträge nehmen zu jeder Zeit die Redaktion entgegen. Die Redaktion ist für die Besorgung der Anzeigen verantwortlich. Die Redaktion ist für die Besorgung der Anzeigen verantwortlich.

Anzeigenpreise laut anliegender Preisliste Nr. 1. - Briefwechsel: W. Wilsdruff. - Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. - Druck: Wilsdruff. - Vertrieb: Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosßen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 266 - 95. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Volkszeit: Dresden 240

Freitag, den 13. November 1936

Frankreichs soziale Wirren

Eine Betrachtung über ihre Ursachen

Der französische Volkstörper windet sich unter den Forderungen einer schweren sozialen Krankheit. Seit Monaten kurieren die „Vatentärzte“ der Volksfrontpartei und der Regierung an dem kranken Patienten herum. Es wird immer schlimmer, weil man die richtige Diagnose nicht zu stellen wagt, weil man die Ursachen durchaus nicht in der verfehlten Politik des in Frankreich herrschenden parlamentarisch-demokratischen Systems sehen will, die die Führer des französischen Volkswiderns geschickt auszunutzen verstehen. Es ist das: Man sagt nicht gern den Akt ab, auf dem man sitzt. Das Beharrungsvermögen der Regierung Blum ist noch stärker als das Mißtrauen, das im französischen Volke gegen ihre Politik aufsteht.

Seit Monaten geht es nun schon in Frankreich so: Streiks folgen Streiks, Fabriken werden besetzt. Ein neuer Streik droht im Baugewerbe. Wenn jetzt die 150 000 Arbeiter des französischen Ernährungsgewerbes in den Streik treten sollten, so wäre die Sicherstellung der französischen Ernährung aufs schwerste gefährdet. Diese wirtschaftlichen Erschütterungen Frankreichs sind die Folgen des Bündnisses, das in den Wahlkampftagen des Januar 1936 die Hell- und Dunkelroten in der sogenannten Volksfront zusammenführte.

Die verführerischen Wahlkampfversprechungen zogen die Massen an. Die Wahl war ein Erfolg für die Volksfront. Aber noch ehe sich im Mai die Regierung Blum häuslich niedergelassen hatte, triumphierte die Kommune. Die Volkswiderns verkehrten die Arbeiter, wußten sie zu Streiks und Fabrikbesetzungen auf. Die Gewerkschaftsvertreter machten die Parolen des Tages zu ihren eigenen, weil sie die Konkurrenz der Kommunisten fürchteten und kamen damit unter immer stärkeren kommunistischen Einfluß.

Die zweite Folge des Bündnisses mit der Kommune war, daß unter dem Druck der Strafe die Volksfrontregierung Blum Arbeiterforderungen bewilligte, von deren Wirtschaftlichkeit sie selbst nicht überzeugt war. Einführung von Kollektivverträgen, von bezahltem Urlaub, der 40-Stunden-Woche. Ferner wurden die Löhne um durchschnittlich 12 v. H. erhöht. Der französische Ministerpräsident hatte im Senat diese Maßnahmen selbst als Experiment beigegeben. Es ist ein Experiment geblieben; denn der soziale Frieden wurde nicht gesichert, die Streiks und Fabrikbesetzungen hielten an. In der ost- und nordfranzösischen Textilindustrie wurden beispielsweise die Löhne bei den Tarifverhandlungen um nochmals 5 v. H. erhöht. Allgemein ergab sich eine Lohnsteigerung von vielleicht insgesamt 19 v. H. Also ein Erfolg der Volksfrontregierung? Der Schein trügt! Entscheidend ist allein, was man für sein Geld kaufen kann, der Reallohn. Hiermit steht es im Volksfrontfrankreich recht unerschrocken aus. Es ist natürlich, daß eine plötzliche Erhöhung der Löhne für den Unternehmer steigende Kosten bedeuten, so daß er seine Erzeugnisse nur zu höheren Preisen anbieten kann. Dieser einfache wirtschaftliche Zusammenhang hat sich auch in Frankreich ausgelebt. Der Preisanstieg wurde außerdem durch Heraussetzung der Preise von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, besonders von Weizen und Wein, verstärkt, eine Folge der erhöhten Preise, die der Bauer für die von ihm benötigten Industrieartikel bezahlen muß. Der französische Bauer erzielt damit aber noch längst nicht seine Vorkriegspreise. Was den Arbeiter aber anbetrifft, so sind die Preise für die lebenswichtigen Güter um 18,3 v. H. gestiegen. Der französische Arbeiter hat trotz der Lohnerhöhungen infolgedessen durch die Volksfrontmaßnahmen keine wirkliche Besserung seiner materiellen Lage erfahren. Man hat ihn mit einem inhaltsleeren Zahlenpiel getäuscht. Die Zukunft steht in seinen Augen jetzt um so hoffnungsloser aus.

Man hat eine Zeitlang die sozialen Maßnahmen der Regierung Blum als eine notwendige Uebergangsercheinung einer verlängerten Fieber des Wahlsieges in Frankreich hingezogen. Die große Mehrheit des französischen Volkes lehnt es indessen ab, diesen politischen Zauber zu einem Dauerzustand ausarten zu sehen. Die öffentliche Stimmung, die vor einigen Monaten noch mit gewisser Sympathie der streikenden Arbeiterschaft gegenüberstand, empfindet heute die fortwährende Erschütterung der Gemeinschaft als lästig und gefährlich.

Der französische Parteiführer Flaurin hat kürzlich bereits eine Sprengung der Volksfront angekündigt, wenn das so weiter gehe. Es ist schließlich besonders bezeichnend, daß ein früherer Kommunist, der jetzige Führer der französischen Volkspartei, Doriot, in Frankreich seine warnende Stimme erhebt, daß das französische Volk den Kommunismus nicht gebrauchen könne und daß die bolschewistischen Agenten aus ganz Frankreich verjagt werden müßten. Wo die Agenten Stalins wählen, da sind die Folgen für die breiten Massen des Volkes, wie wir es in Spanien und auch in Frankreich sehen, Elend und ewiger Unterteil.

Keine sinnlose Bergewaltigung der Wirtschaft.

Preisbildung soll organischer Vorgang sein — Sicherung des nationalsozialistischen Befreiungs- und Aufbauwerkes.

Gauleiter Wagner über seine Aufgabe als Preiskommissar

In Weimar findet in der Zeit vom 13. bis 15. November ein Kongress für das Prüfungs- und Treuhandwesen statt. Die große Bedeutung, die dem Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandwesen für die Aufgabe der Wirtschaftsführung heute zukommt, wird, wie darin zum Ausdruck, daß der Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Josef Wagner, über die ihm vom Führer und Ministerpräsident Generaloberst Göring übertragene Aufgabe am Tage der Kongressöffnung sprach.

Es ist zu erwarten, daß dem Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandwesen als Werkzeug der Wirtschaftsordnung und Gestaltung bei dem weiteren Ausbau der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung eine besondere Bedeutung zukommen wird. Durch planmäßige und verantwortungsbewusste Arbeit im kleinen wird die Wirtschaftsbewachung und Wirtschaftsbearbeitung eine wichtige Stütze für die Durchführung des Vierjahresplanes sein. Gauleiter Wagner führte in seiner Rede u. a. aus:

Es ist grundsätzlich falsch, zu glauben, die Tätigkeit des Reichskommissars für Preisbildung wäre entscheidend oder gar ausschließlich nur eine überwachende. Ebenso abwegig ist die Meinung, es käme lediglich darauf an, den Preis als das Endergebnis einer Kette von Vorgängen anzusehen und die Sache demgemäß zu behandeln. Damit zusammenhängend erweitert sich auch die andere Anschauung als falsch, die in der Tätigkeit des Reichskommissars für Preisbildung etwa die Rolle eines Keines oder größeren Schutzmannes erkennen will. Das Problem der Preisbildung kann nur entscheidend und richtig behandelt werden, wenn nach Möglichkeit aus dem lebendigen Prozeß des wirtschaftlichen Ablaufs die Maßnahmen vorausgesetzt werden, die als entscheidend für den Abschluß im Preise anzusprechen sind.

Das Gesamtinteresse ist bestimmend

Dabei denke ich nicht einen einzigen Augenblick an eine sinnlose Bergewaltigung der Wirtschaft, die ja letzten Endes ihren tiefsten Grund nur in der Verkennung jener Kräfte und Wechselwirkungen haben könnte, die im Ablauf wirtschaftlichen Geschehens entscheidend berücksichtigt werden müssen. Die Begrenzung findet jeder Strebende und auch jede Persönlichkeit dort, wo Gesamtinteresse eine Beschränkung erforderlich machen und das wirtschaftliche Leben als Ganzes die Unterordnung der wirtschaftlichen Handlung und ihrer letzten Auswertung bedingen.

Der Satz: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, tritt im Weltwirtschaftlichen Ablauf in nahezu vollem Umfang auf. Der Grund hierzu ist ein absolut klarer und einseitiger. Weltwirtschaft ist ja in Wirklichkeit nichts anderes als die Wechselbeziehung der vielen Volkswirtschaften zueinander. Ganz anders sind aber die Grundlagen, die für die eigene Volkswirtschaft zutreffen.

Hier tritt der einzelne der Gesamtheit seines eigenen Volkes gegenüber. Diesem Volk gehört er genau so an wie diejenigen, denen er handelt und forschend gegenübersteht. Der einzelne beansprucht alle Einrichtungen und allen Schutz des ganzen Volkes und Staates; er kann also unmöglich für sich auf gewissen Gebieten Rechte verlangen, die eine Umkehrung der wirklichen Situation darstellen.

Soziale Haltung der Preise

In der Volkswirtschaft kann also nicht unter allen Umständen der These: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis Geltung eingeräumt werden. Die Preisfrage in ihrer Gesamtheit muß so gehalten sein, daß sie sozial nicht sehr starken Schwächen die Möglichkeit gibt, einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der ihnen die physische und seelische Kraft sichert, jeden Gesamteinzelkampf der Nation erfolgreich mit durchstehen zu können. Es ist einfach eine Unmöglichkeit für den Staat, der auf den Thesen der völligen Gemeinschaftsaufbau und des Lebensinteresses der Gesamtheit als höheres Recht erklärt, wirtschaftlichen Egoismen freien Lauf zu lassen und damit den eigenen Bestand unter Umständen zu gefährden.

Es steht aber fest, und die Erfahrungen haben es bisher bewiesen, daß die Wirtschaft, auf sich selbst gestellt, jumeist nicht die innere Kraft und Disziplin aufbringt, die erforderlich wären, um ernsthafte Schäden, die aus dem Mißbrauch augenblicklicher Schwierigkeiten verursacht werden können, zu verhindern. Der Trieb zum Gewinn ist meist stärker als die sinnliche Pflicht zum Ganzen.

Immer wieder erweitert sich die zwingende Notwendigkeit einer mehr oder weniger starken Einflussnahme durch verantwortliche Stellen des Staates. Das Maß des Eingreifens kann entscheidend bestimmt werden durch die Kreise der Wirtschaft selber. Je disziplinierter sie in ihrer Gesamtheit ist und den Forderungen der Staatsführung Rechnung trägt, um so mehr kann sie, auf sich selber gestellt, den Verlauf des wirtschaftlichen Geschehens bestimmen. Ihre Disziplin wird um so größer sein, je stärker sie nationalsozialistischen Gedankengängen zugänglich geworden ist und von ihnen bestimmt wird.

Wie immer das Teilgebiet im wirtschaftlichen Leben gearbeitet sein mag, es muß mit dem gesamten Wirtschaftsverlauf in Einklang stehen; die Wirtschaft selbst aber hat sich den Notwendigkeiten des völkischen Lebens unterzuordnen. Auch dann kann ihre Beschränkung in der Handlungsmöglichkeit des einzelnen oder ganzer Kreise aufrechterhalten werden. Kein vernünftiger Mensch wird unnötige Maßnahmen einer Einschränkung ergreifen, wenn günstigere Momente die freiere Entfaltung befürworten.

Gegen Unvernunft und Gewinnucht

Meine Beauftragung als Reichskommissar für die Preisbildung kann unter gar keinen Umständen als eine Notmaßnahme gedeutet werden, vielmehr bringt die nationalsozialistische Staatsführung hiermit ihren Willen zum Ausdruck, ganz entschieden zugunsten der breitesten Öffentlichkeit dort einzugreifen, wo Unvernunft und Gewinnucht sowie Verantwortungslosigkeit einzelner oder gewisser Kreise Schaden für Nation und Staat heraufbeschwören könnten.

Meine Tätigkeit ist in doppelter Weise bestimmt. Zunächst hat sie den Menschen in Rechnung zu stellen, der sowohl unmittelbar in der Wirtschaft tätig ist als auch von ihr im Ergebnis vielfach berührt wird, und zum zweiten muß sie sich mit der Waretie an und für sich in der gesamten Breite und Tiefe befassen, um nicht von falschen Voraussetzungen bei Entschlüssen und Handlungen auszugehen.

Die Aufgabe der Partei

Das Inrechnungsstellen des Menschen nötigt mich, einmal mit den natürlichen in ihm schlummernden Trieben zu rechnen bei allen wirtschaftlichen Vorgängen und Maßnahmen, zum anderen muß ich mich der Kraft bedienen, die in Deutschland die ideale, geistige und willensmäßige Führung des Menschen als immerwährende Aufgabe gesetzt erhalten hat, der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen. Die Einwirkungs- und Erziehungsarbeit der Partei ist nicht nur eine politische, sie ist zugleich eine wirtschafts- und sozialpolitische, denn sie bestimmt entscheidend die geistige und seelische Einstellung des einzelnen zu den täglichen Vorgängen des Lebens. Der Partei und sämtlichen Gliederungen, einschließlich der Deutschen Arbeitsfront, obliegt demzufolge im Kampf um die Durchführung des Vierjahresplanes ein wesentliches Gebiet.

Für die Gestaltung des Preisbildes im öffentlichen Leben spielen die sittlichen Kräfte der Wirtschaft eine ganz bedeutungsvolle Rolle. Ich werde unermüdet in dieser Richtung tätig sein, um durch das Gewicht der Öffentlichkeit den Elementen entgegenzuwirken, die an und für sich geneigt wären, auszubrechen und persönlichem Egoismus auf Kosten der Ordnung und Sicherheit des Ganzen zu frönen.

In dieser Hinsicht muß die deutsche Wirtschaft in ihrer Gänze entscheidend mitwirken. Die Aufgabe der Organisation muß dahin abgesteckt werden, einen Ehrenlober für diese vier Jahre zu schaffen, der jeden einzelnen zum Einhalten notwendiger Richtlinien und Maßnahmen verpflichtet und denjenigen, der sich dem entziehen will, einfach unmöglich macht und unter Umständen sein Ausmerzen durch staatliche Macht ermöglicht.

Zu konsequentem Vorgehen entschlossen

Das Programm des Vierjahresplanes mit allen getroffenen Maßnahmen ist einzig und allein aus dem Gedanken geboren, die politische Freiheit des ganzen Volkes wirtschaftlich derartig zu untermauern, daß von einer tatsächlichen Gesamtfreiheit Deutschlands in jeder Situation gesprochen werden kann.

Ich gelte, daß ich an der Stelle, wo mich das Vertrauen des Führers hindert, unter dem Beauftragten für die Durchführung des Vierjahresplanes entschlossen bin, gegen jeden und disziplinierteren Ausbruch einzuschreiten und, falls es sich aus den Gesamtumständen als notwendig erweist, letzte Konsequenzen gegen jedermann zu ziehen, dem der eigene Geldbeutel höher steht als die deutsche Freiheit. Allen Ueberleugnungen vor-